

Vielfalt im Lobbying zur Steigerung der Demokratie

Bisher wurden die EU-Kommission und die Europaparlamentarier ausschließlich von Vertretern der Finanzindustrie beraten, wenn es um neue EU-Gesetze zur Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors ging. Dagegen will demnächst FinanceWatch antreten. Mit einem der Initiatoren, Sven Giegold, Abgeordneter im Europäischen Parlament, sprach Die Sparkassenzeitung über Finanz-Know-how, Lobbying und das Verhältnis der EU zu den Sparkassen.

Frage Rund 30 Verbände und NGOs, unter anderem Attac, Amnesty International und der europäische Verbraucherschutzverband BEUC haben sich zu FinanceWatch zusammengeschlossen. Mit welchem Ziel?

Giegold: Die Initiative geht zurück auf eine Gruppe von Parlamentariern im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, die für die Finanzmarktgesetzge-

STICHWORT

FinanceWatch

Die Finanzwirtschaft ist in Brüssel in unterschiedlicher Form vertreten und bemüht, mit ihrer Expertise beratend in die europäische Gesetzgebung einzugreifen. Jetzt soll die Kreditwirtschaft ein Gegengewicht durch Konsumentenschützer und Anwälte für Finanzmarktstabilität bekommen: Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften gründeten FinanceWatch. Ziel ist es, zur Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors Expertisen zu erstellen und die Lobbyarbeit der Interessensgruppe „Finanzmarkt“ durch Stellungnahmen anderer Marktteilnehmer zu ergänzen.

➤ Mehr dazu unter: <http://www.call-forfinancewatch.org>

bung in Europa zuständig sind. Gemeinsam haben wir in einem Aufruf die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Einseitigkeit des Lobbyismus in Finanzmarktfragen in Brüssel eine Gefahr für die Demokratie ist. Bisher agieren an dieser Stelle fast nur Interessenvertreter aus dem Finanzsektor, es gibt kein am Gemeinwohl orientiertes Lobbying. Das war und ist für uns ein Grund zur Sorge. In anderen Politikbereichen wie beispielsweise in der Umweltpolitik läuft das anders: Unternehmen, für die Kosten durch Umweltregulierung entstehen, bringen ihre Vorstellungen ebenso ein wie Entwicklungsorganisationen. Das Ziel ist ein Ausgleich auch von außerparlamentarischen Interessen. Das fehlt bisher im Finanzmarktsektor.

Ist das nicht eine Bankrotterklärung für die Demokratie?

Nein, es zeigt nur, dass wir Parlamentarier verstanden haben, dass Demokratie mehr ist als eine eher feudalistische Selbstherrlichkeit des Parlaments. In der Europäischen Union bestimmen Interessenvertreter in der Politik mit –, und das ist richtig so. Auch unsere Initiative will keinesfalls den Finanzmarktakteuren das Lobbying verbieten. Es ist das gute Recht der Sparkassen wie der Großbanken und Fonds, ihre Interessen aktiv zu vertreten. Was den Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereiten sollte, ist, wenn außer diesen großen Akteuren niemand die Ressourcen besitzt, um eine aktive Politikbeeinflussung zu betreiben.

Wer finanziert FinanceWatch?

FinanceWatch benötigt ein Budget von zwei Millionen Euro im Jahr, um damit ein Team von zehn kompetenten Frauen und Männern in Brüssel arbeiten zu lassen. Ein Teil davon soll aus Spenden und Stiftungen finanziert werden, gleichzeitig gibt es Signale, aber noch keine feste Zusage der EU-Kommission, hier zu kofinanzieren. Das ist in vielen Bereichen so üblich, weil es schwierig

ist, für abstrakte Themen wie die Politikberatung durch NGOs Spenden zu mobilisieren. Optimal wäre eine Finanzierung durch einen Stiftungstopf. Andernfalls gibt es immer Abhängigkeiten, sogar bei Geldern von Privatpersonen. Ein Komitee für Ethik und Transparenz soll darüber wachen, dass Beeinflussungen, auch durch die EU-Kommission, verhindert werden.

Diese Initiative von EU-Abgeordneten richtet sich vor allem gegen die Macht der Großbanken. Welche Rolle spielen für Sie die Sparkassen?

Ich formuliere das einmal wie folgt: In Deutschland sind wir in der glücklichen Lage, dass wir das Drei-Säulen-Modell im Bankensystem haben. Dadurch funktioniert hier vieles besser als in anderen Ländern. Man denke nur an die Finanzierung des Mittelstands und von bedürftigen Regionen. Wir als Grüne haben wie die meisten anderen Abgeordneten im EU-Parlament sowohl die Sparkassen wie auch die Genossenschaftsbanken immer unterstützt. Wir versuchen, so gut das geht, darauf zu achten, dass Brüsseler Finanzmarktgesetze dieses Drei-Säulen-Modell nicht schädigen.

Dann stehen Sie hinter dem Drei-Säulen-Modell?

Mit Einschränkungen. Beispielsweise gefallen uns die Vertriebsmethoden nicht immer. Hier gibt es große Unterschiede zwischen einzelnen Sparkassen und noch Fehlanreize für die Berater. An dieser Stelle sind weitere Regulierungen nötig, um diese Fehlentwicklungen abzustellen.

Die Sparkassen haben in Deutschland während der Finanzkrise die Kreditklemme verhindert. Wird diese positive Rolle von Brüssel ausreichend gewürdigt?

Das kommt darauf an, von wem. Deutsche Abgeordnete sehen das so, ebenso die Vertreter aus Österreich und aus einigen anderen Ländern. Aber es gibt



Will mit zum Ausgleich außerparlamentarischer Interessen im Finanzmarktsektor beitragen: Sven Giegold, EU-Abgeordneter Bündnis 90/Die Grünen. Foto privat

Vertreter beispielsweise von Großbritannien, die glauben, dass das deutsche Drei-Säulen-Modell ihnen den Markteintritt erschwert. – Und das auf dem größten Finanzmarkt für Endkunden. Verständlich, dass die dieses Modell nicht mögen.

Wie stehen Sie persönlich dazu?

Ich finde, dass Finanzdienstleister nicht maximale Geschäfte machen, sondern den Mittelstand sowie Bürgerinnen und Bürger mit Finanzprodukten versorgen sollten. Und das ist in Deutschland in ganz besonderer Weise gewährleistet.

Sparkassen werden in Brüssel wettbewerbsrechtlich teilweise angefeindet, Großbanken dagegen nicht. Ist das angemessen?

Das ist richtig, aber man muss einschränken, dass Michel Barnier, der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, gegenüber dem Drei-Säulen-Modell von Deutschland offen ist. Das haben aber nicht alle seine Mitarbeiter verinnerlicht. Es wäre sicherlich leichter, für das deutsche Drei-Säulen-Modell zu werben, wenn es die Probleme mit den Landesbanken und den Sparkassen als deren Miteigentümer nicht gäbe.